

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.11.2018 und fragte nach Wortbeiträgen.

Abg. Becker bestätigte, dass er dieses Thema richtig finde und dass von Seiten der CDU-Fraktion dieser Bitte um Prüfung zugestimmt würde.

SkB'in Neuhoff kündigte an, dass sie ebenfalls diesem Antrag zustimmen werde. Sie bat darum, bei der Prüfung weitere Aspekte in die Überlegungen mit aufzunehmen. Zum einen die Frage, ob man auch eine gemeinsame Lösung mit anderen Verwaltungen anstreben könne. Dann im Weiteren die Frage der Trägerschaft zu diskutieren und, ob es Sinn mache, die Einrichtung als integrative Einrichtung zu führen.

Abg. Hildebrandt begründete den Antrag damit, dass das Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgegriffen worden sei. Hier habe man nach Ideen gesucht, die viele Teilzeitkräfte eventuell dadurch dazu bewegen könnten, mehr Stunden zu leisten oder ggfls. ganztags zu arbeiten. Als Anregung sei hier die Möglichkeit einer Betreuung für die Kinder der Mitarbeiter/innen aufgekommen. Als erstes falle ihm z.B. das Grundstück ein, auf dem derzeit noch die Baucontainer für die Brandschutzsanierung stehen würden. Weiterhin habe Hennef derzeit einen Ersatzkindergarten in Containern untergebracht. Diese würden nach seinem Kenntnisstand im nächsten Jahr frei werden und vielleicht wäre die Übernahme der Container ja auch eine Lösung. Er vertraue aber auf die Phantasie der Verwaltung, eigene Ideen zu entwickeln und eine geeignete Lösung anzustreben.

Abg. Krupp unterstütze ebenfalls den Antrag. Der Rhein-Sieg-Kreis solle hier mit gutem Beispiel vorangehen. Sie habe aber in Erinnerung, dass es von Seiten der Gleichstellungsbeauftragten zu dem Thema auch schon Aussagen gegeben habe. Vorab solle geprüft werden, ob sich an der Haltung der Eltern etwas geändert habe und diese ihre Kinder auch am Arbeitsplatz unterbringen würden oder, ob sie diese lieber in der Nähe des Wohnortes unterbringen möchten. Viele Bereiche im öffentlichen Dienst sowie große Unternehmen im Rhein-Sieg-Kreis hätten bereits eigene Kindertagesstätten und sie sei gespannt, wie das Ergebnis in der Kreisverwaltung ausfallen werde und was zu realisieren sei.

Abg. Steiner gab noch die Anregung, die JVA Siegburg bei den Überlegungen und Gesprächen mit einzubeziehen, da die Mitarbeiter/innen dort aufgrund der Schichtmodelle auch einen Bedarf an Betreuungsplätzen hätten, der bis heute noch nicht habe gelöst werden können. Hier wäre zu prüfen, ob den Bediensteten ggfls. auch Plätze angeboten werden könnten.

Frau Udelhoven fragte bei Abg. Hildebrandt nach, ob die in dem Antrag der FDP-Fraktion angeregte Mitarbeiterbefragung aus seiner Sicht zwingend erforderlich sei oder ob man lieber offen die Optionen prüfen solle, was überhaupt möglich sei.

Abg. Hildebrandt antwortete, er überlasse es der Verwaltung, den besten Weg zu wählen.

Abg. Seelbach sagte, man müsse überlegen, wie man zu einer realistischen Einschätzung gelange. Auch der Idee, mit der JVA Siegburg und ggfls. auch mal mit der Stadt Siegburg zu sprechen, könne er etwas abgewinnen. So könnten evtl. mehrere Träger eine Einrichtung schaffen und es müsse nicht unbedingt ein Betriebskindergarten des Rhein-Sieg-Kreises sein, sondern es sei ebenfalls eine Einrichtung in freier Trägerschaft denkbar. Hier seien noch viele Gespräche und Überlegungen in alle Richtungen nötig. Ggfls. könne man zusätzlich noch Kontakt zu denen aufnehmen, die sich intensiv mit der Familienfreundlichkeit in der Kreisverwaltung und mit dem audit beschäftigt hätten, ob es hier Erfahrungen gäbe, wie so

etwas über die Jahre angenommen werde.

SkB'in Neuhoff schlug vor, die Mitarbeiter/innen, die in Mutterschutz bzw. in Elternzeit gehen würden, gezielt nach ihren Wünschen und Vorstellungen zu befragen, ob sie Interesse an einem Betriebskindergarten hätten und ob dies ein Kriterium für die Rückkehr an die Arbeitsstelle sei.

Der Vorsitzende beendete diesen Tagesordnungspunkt da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen und ließ über den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.11.2018 abstimmen.

Der Personalausschuss fasste folgenden Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird gebeten, die Einrichtung eines Betreuungsangebotes für die Kinder der Mitarbeiter*innen des Rhein-Sieg-Kreises im Kreishaus zu prüfen.